

E.ON

Dieser Artikel wurde für das Themenfeld **Lobbyisten in Ministerien** angelegt. Er enthält bislang nur Informationen über externe Mitarbeiter in Ministerien.

E.ON ist Deutschlands größter Energiekonzern mit einem Umsatz von ca. 112 Mrd. Euro und weltweit 58.500 Mitarbeitern (Stand: 2014). Der Unternehmenssitz ist Düsseldorf. Von allen deutschen Energiekonzernen betreibt E.ON die meisten Atomkraftwerke. Hauptgeschäftsfelder des Unternehmens sind der Strom- und Gasmarkt.

Lobbyisten in Ministerien



- [Überblick A-Z](#)
- [Problembeschreibung](#)

E.ON	
Rechtsform	Aktiengesellschaft (AG)
Tätigkeitsbereich	Energiebranche
Gründungsdatum	16. Juni 2000
Hauptsitz	Düsseldorf
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	
Webadresse	www.eon.com

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte	1
2 Lobbystrategien und Einfluss	2
3 Fallbeispiele und Kritik	2
3.1 Seitenwechsel und kritikwürdige Einflussnahme auf energiepolitische Entscheidungen	2
3.2 Lobbykampagne gegen den Atomausstieg	3
3.3 Lobbyisten in Ministerien	4
4 Organisationsstruktur und Personal	4
4.1 Der Vorstand	4
4.2 Der Aufsichtsrat	4
5 Weiterführende Informationen	5
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	5
7 Einzelnachweise	5

Kurzdarstellung und Geschichte

E.ON ist im Jahr 2000 aus einer Fusion der Mischkonzerne Viag und VEBA entstanden

Lobbystrategien und Einfluss

E.ON stiftete für das Forschungsinstitut für Energie der Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule (RWTH) Aachen 40 Millionen Euro und finanziert damit gleich fünf Professuren des Instituts. Einer davon ist **Bruno Thomauske**, Professor für das Fach "Nuklearer Brennstoffkreislauf". Früher war er bei **Vattenfall** – heute liefert er entscheidende Gutachten für die Bundesregierung über das Atomendlager Gorleben.^[1]

Fallbeispiele und Kritik

Seitenwechsel und kritikwürdige Einflussnahme auf energiepolitische Entscheidungen

Walter Hohlefelder und Gerald Hennenhöfer

In den verschiedenen Debatten um die Zukunft der deutschen Atomkraft war E.ON stets an höchster Stelle beteiligt. Den rot-grünen „Atomausstieg“ verhandelten im Jahr 2000 für E.ON u.a. Walter Hohlefelder und Gerald Hennenhöfer - zwei Personen, die zuvor hintereinander die Abteilung „Reaktorsicherheit“ im Bundesumweltministerium geleitet hatten. Beide wechselten von der Position als "Deutschlands oberster Atomaufseher"^[2] in führende Posten der Vorgängerkonzerne von E.ON. Auf staatlicher Seite verhandelte der spätere Seitenwechsler Alfred Tacke. Das Ergebnis war ein Vertrag, der von Hohlefelder und Hennenhöfer federführend mitgeschrieben und von den Bundestagsabgeordneten nur noch abgenickt wurde.^[3]

Hennenhöfer wechselte 2009 unter viel Kritik abermals die Seiten und kehrte in das Umweltministerium unter Norbert Röttgen zurück. Die Deutsche Umwelthilfe sah darin einen Verstoß gegen beamtenrechtliche Vorschriften,^[4] da die Atomaufsicht nun von einem Atomlobbyisten geleitet wurde. Ein SPD-Politiker äußerte Befürchtungen, dass die Personalie eine "Entscheidung zur ungebremsten Laufzeitverlängerung für alte Atomkraftwerke" darstelle und die Stromkonzerne nun keine staatlichen Sicherheitsbedenken mehr zu fürchten hätten.^[5] Tatsächlich setzte der ehemalige E.ON-Manager den Weiterbetrieb des Kraftwerks in Grafenrheinfeld durch, obwohl dort Gefahr durch einen Riss an einem Druckbehälter drohte - ein einmaliger Vorgang in der deutschen Geschichte.^[6] Als die schwarz-gelbe Bundesregierung die Laufzeitverlängerung mit den Energiekonzernen aushandelte, war Hennenhöfer ohne das Wissen seines Ministers maßgeblich an den Verhandlungen beteiligt. Im Ausschuss, der sich mit den Schadensersatzklagen im Zuge des Atomausstiegs beschäftigte, wurde Hennenhöfer vorgeworfen, absichtlich rechtsfehlerhafte Begründungen für die Abschaltung von Atomkraftwerken durchgesetzt zu haben. So ignorierte er einen Entwurf einer detaillierten Begründung und leitete nur eine kurze Begründung an die Bundesländer weiter, auf deren Grundlage die Konzerne Klagen einreichen konnten.^[7]

Werner Müller und Alfred Tacke

2002 strebte E.ON die Übernahme des größten deutschen Gaskonzerns Ruhrgas AG an. Zunächst hatten Bundeskartellamt und Monopolkommission die Übernahme untersagt – es wurde ein Monopol im Gasgeschäft befürchtet. Doch das Wirtschaftsministerium setzte sich per Ministererlaubnis darüber hinweg.

Da Wirtschaftsminister Werner Müller sich für befangen erklärte – er hatte zuvor für die E.ON-Vorgängerin Veba gearbeitet – überließ er seinem Staatssekretär Alfred Tacke die Entscheidung.^[8] Trotz heftiger Kritik wurde die "Ministererlaubnis" daraufhin erteilt. Tacke wechselte kurz nach dem Vorfall zu Gunsten von E.ON in den Vorstand der STEAG, einer Tochter der RAG AG, deren größter Aktionär zum damaligen Zeitpunkt E.ON war. Müller erhielt Mitte 2003 den Vorstandsvorsitz der RAG. Außerdem wurde später bekannt, dass er schon während seiner Amtszeit Rentenbezüge von E.ON erhielt.^[9]

Manfred Overhaus

2004 holte Werner Müller den ehemaligen Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, Manfred Overhaus, als Berater für Subventionsfragen zur RAG AG. Über eine Tochtergesellschaft erhält das Unternehmen Milliarden an öffentlichen Hilfen vom Staat. Als Regierungsbeamter hatte sich Overhaus zuvor vehement gegen staatliche Subventionen eingesetzt.^[10]

Joachim Lang

Auch der Cheflobbyist der Berliner E.ON-Repräsentanz Joachim Lang kam aus der Politik, als er 2007 zu E.ON wechselte: Er arbeitete 2006/2007 als Referatsleiter im Bundeskanzleramt. Zuvor war er langjähriger Mitarbeiter von Norbert Röttgen, dem damaligen Parlamentarischen Geschäftsführers der Unionsfraktion im Bundestag und späteren Umweltminister.^[11]

Lobbykampagne gegen den Atomausstieg

Wie die *Tageszeitung* aufdeckte, versuchte E.ON gemeinsam mit anderen Energiekonzernen ab 2008 mit einer massiven Lobbykampagne Stimmung gegen den rot-grünen Atomkonsens zu erzeugen. Das Deutsche Atomforum, ein Zusammenschluss der Betreiber der deutschen Atomkraftwerke RWE, Vattenfall, EnBW und E.ON, hatte die Lobbyagentur [Deekeling Arndt Advisors](#) beauftragt, bis zur Bundestagswahl 2009 einen Meinungsumschwung für die Atomkraft in Deutschland zu erreichen. Unter dem Slogan "Energieverantwortung für Deutschland" sollte eine Grundstimmung gegen die Begrenzung von Laufzeiten für Atomkraftwerke aufgebaut werden.

Die gewählten Strategien beinhalteten unter anderem:

- *Medienoffensive*: Platzierung der Botschaften in den wichtigsten Tageszeitungen; Verhinderung atomkritischer Berichterstattung; Zielgruppengespräche mit und Pressereisen für Journalisten
- *Akteure*: Pro-Kernkraft-Thesen sollten in Interviews von meinungsstarken Dritt-Akteuren vertreten werden. Der Historiker Arnulf Baring dozierte bei einer Atomveranstaltung als scheinbar unparteiischer Gastredner – obwohl er von DAD beauftragt und die Rede inhaltlich von der Agentur vorbereitet wurde. Sein Vortrag wurde anschließend in der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung* platziert. Weiterhin wurde versucht, auf Informationsveranstaltungen Einfluss auf Vertreter aus Politik, Gewerkschaften und religiösen Gemeinschaften zu nehmen.
- *Studien*: Joachim Schwalbach, Ökonomie-Professor der Berliner Humboldt-Universität, wurde mit der Studie "Gesellschaftsrendite der Kernenergie" im Umfang von 135.000 € beauftragt. Diese sollte vor der Bundestagswahl öffentlichkeitswirksam in den Medien platziert werden. Laut Aussage Schwalbachs wurde diese jedoch nie veröffentlicht, da er "nicht bereit war, ein Gefälligkeitsgutachten zu schreiben."^[12]
- *Erschließung neuer Zielgruppen*: Besonders Frauen und die "Junge Avantgarde" sollten durch die Kampagne angesprochen werden. So wurde die Organisation *Women in Nuclear* unterstützt, vergeblich versucht, Anzeigen in Frauenzeitschriften zu platzieren und eine "Verjüngung" und "Modernisierung" der Debatte um Atomkraft angestrebt.

Treibende Kraft der Kampagne ist dem Vernehmen nach der Essener RWE-Konzern, der das Kernkraftwerk Biblis betreibt und – wie auch die Berliner Vattenfall Europe – viel Kohle verstromt.

Hennenhöfer (nach E.On., zwischendurch Anwalt vom Staat finanziert, dann wieder pol. Amt)

Lobbyisten in Ministerien

Lobbyisten im Auswärtigen Amt

Zeitraum	Unbekannte Einsatzdauer zwischen 2002 und November 2006, mindestens im November 2006 ^{[13][14]}
Mitarbeiter	Tina Zierul ^[15] (stellvertretende Leiterin des E.ON Lobbybüros in Berlin)
Bearbeitete Themen	Einsatz in der Abteilung für Wirtschaft und nachhaltige Entwicklung; ^[14] Tina Zierul arbeitete im Planungsstab des Auswärtigen Amtes mit. ^[15]

Organisationsstruktur und Personal

Die Holding des Konzerns ist die E.ON SE (die E.ON AG ist am 15. November 2012 in die E.ON SE umgewandelt worden)

Der Vorstand

- **Johannes Teyssen** (Vorstandsvorsitzender)
- Leonhard Birnbaum
- Jørgen Kildahl
- Klaus-Dieter Maubach
- Bernhard Reutersberg
- Marcus Schenck
- Mike Winkel

Quelle: ^[16]

Der Aufsichtsrat

Vertreter der Anteilseigner

- Werner Wenning (Vorsitzender des Aufsichtsrats)
- Denise Kingsmill CBE, Anwältin, Mitglied im britischen Oberhaus
- Ulrich Lehner (stellvertretender Vorsitzender), Mitglied des Gesellschafterausschusses der Henkel AG & Co. KGaA
- René Obermann, Vorsitzender des Vorstands der Deutschen Telekom AG
- Karen de Segundo, Juristin
- **Theo Siegert**, Geschäftsführender Gesellschafter de Haen-Carstanjen & Söhne

Arbeitnehmervetreter

- Erhard Ott (stellvertretender Vorsitzender), Mitglied des Bundesvorstands ver.di
- Gabriele Gratz, Vorsitzende des Betriebsrats der E.ON Global Commodities SE, Betrieb Essen
- Eugen-Gheorghe Luha, Vorsitzender des Gas-Gewerkschaftsverbands Gaz Romania

- Klaus Dieter Raschke, Vorsitzender des Konzernbetriebsrats der E.ON Energie AG
- Eberhard Schomburg, Vorsitzender des E.ON-Europabetriebsrats
- Willem VisLeiter, Aus- und Weiterbildung Erzeugung E.ON Benelux N.V.

Quelle: ^[17]

Weiterführende Informationen

Laut der freiwilligen Auskunft im **Lobbyregister** der EU hat E.ON im Geschäftsjahr 2011 2.032.000€ für die direkte Lobbyarbeit bei den EU-Organen ausgegeben. ^[18]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Die Atomlobby unterwandert Universitäten](#) Frankfurter Rundschau vom 02.11.2011, abgerufen am 07.11.2011
2. ↑ [Energie und Macht](#), Berliner Zeitung vom 03.07.2007, abgerufen am 14.08.2015
3. ↑ ["Die Frage war: ich oder sie?"](#), Deutschlandradio Kultur vom 10.06.2011, abgerufen am 14.08.2015
4. ↑ [Früherer E.on-Mann Hennenhöfer darf nicht als Atomaufseher des Bundes arbeiten](#), Deutsche Umwelthilfe Dezember 2009, abgerufen am 17.08.2015>
5. ↑ ["Den Bock zum Gärtner gemacht"](#), Frankfurter Rundschau vom 01.12.2009, abgerufen am 17.08.2015
6. ↑ [Merks Altlast](#), Frankfurter Rundschau vom 12.09.2012, abgerufen am 17.08.2015
7. ↑ [Kritische Beamte stillgelegt](#), Tageszeitung vom 08.03.2015, abgerufen am 17.08.2015
8. ↑ [„Ich bin nicht befangen, aber...“](#), Focus Magazin vom 25.02.2002, abgerufen am 13.08.2015
9. ↑ [Werner Müller bezog als Minister Eon-Rente](#), Berliner zeitung vom 18.01.2005, abgerufen am 13.08.2015
10. ↑ [Overhaus berät die RAG](#), Handelsblatt vom 25.10.2004, abgerufen am 14.08.2015
11. ↑ [Wer lenkt die Lobbyisten?](#), PR Magazin 07/2011, abgerufen am 13.08.2015
12. ↑ [Der ehrbare Professor](#), taz vom 28.10.2011, abgerufen am 14.08.2015
13. ↑ [Antwort der Bundesregierung \(pdf\)](#) auf kleine Anfrage der FDP-Fraktion zu "'Monitor' - Bericht über eine neue Art von Lobbyismus in Bundesministerien" vom 13.11.2006, letzter Zugriff 09.09.2011
14. ↑ ^{14,014,1} [Antwort der Bundesregierung](#) auf kleine Anfrage der Grünen-Fraktion zu "Mitarbeit von Beschäftigten von Verbänden und Wirtschaftsunternehmen in Bundesministerien und in nachgeordneten Bundesbehörden" vom 04.12.2006, letzter Zugriff 09.09.2011
15. ↑ ^{15,015,1} [Das Kartell - Im Würgegriff der Energiekonzerne](#), ZDF Frontal21 vom 14.08.2007. Abgerufen am 7. Juli 2011
16. ↑ [E.ON-Webseite-Vorstand](#) abgerufen am 4.08.2013

17. ↑ [E.ON-Webseite-Aufsichtsrat](#) abgerufen am 4.08.2013
18. ↑ [EU-Lobbyregister](#), Stand: 10.04.2013